Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH

Potsdam

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2025 bis zum 31.12.2025

Lagebericht

1. Geschäftsverlauf, Geschäftsergebnis und Lage der WFBB

1.1 Geschäftsverlauf 2025

Die Gesellschaft konnte sich im Jahr 2025 erfolgreich gegen die schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen behaupten. Mit einem Jahresergebnis von 3.059 Arbeitsplätzen und einem Rekord-Investitionsvolumen von 3,188 Milliarden Euro hat die WFBB ihre Ergebnisse deutlich gesteigert. Im Vergleich zu 2024 (2.616 Arbeitsplätze) ist das Ergebnis in Ziel1um rund 22 Prozent gestiegen, das Investitionsvolumen (2024: 1,041 Mrd. Euro) hat sich sogar verdreifacht und ist selbst gegenüber dem bisherigen Rekordjahr 2023 (2,539 Mrd. Euro) um mehr als ein Viertel gestiegen. Dahinter stehen 310 Projekte (+ 74 Prozent gegenüber 2024: 178 Projekte). Die Zahl der Standortangebote hat sich von 79 (2024) auf 97 erhöht.

Besonders stark gestiegen sind die Direktinvestitionen. Dazu zählen der Aufbau des großen Data Center Komplexes der Schwarz Gruppe in Lübbenau, die Ansiedlung von zwei namhaften Automobilzulieferern in Ludwigsfelde und in Ostbrandenburg sowie zwei Logistikzentren westlich und östlich von Berlin. Erfreulich entwickelten sich auch die Erweiterungen im Bestand: Rauch Fruchtsäfte/Red Bull erweitern das Werk in Baruth, eBay hat am Standort Dreilinden eine neue Softwareentwicklungseinheit aufgebaut, das Schweizer Gesundheitsunternehmen Oviva erhöht die Zahl seiner Arbeitsplätze in Potsdam, und das Unternehmen Transformare aus Wittenberge baut seine Fertigung für Transformatoren aus. Auch das Lausitzer Startup Sonocrete entwickelt sich weiter bestens und wächst am Standort Cottbus.

Die Aktivitäten zur Investorengewinnung wurden in 2025 weiter ausgebaut. Mit einer Akquisitionsreise nach Indien gemeinsam mit Wirtschaftsminister Keller und Germany Trade and Invest (GTAI) ist die Gesellschaft einen strategisch wichtigen Schritt in den wachsenden indischen Investorenmarkt gegangen. In 2025 sind auch die Defence Industries in ihrer Bedeutung als Investitionsfeld für den Standort Brandenburg deutlich gestiegen. Mit der Übernahme des Spreewerks in Lübben durch die Tauber-Diehl Gruppe wird der Standort gesichert und zukunftsfähig ausgebaut. Die Unternehmensgruppe sucht weitere Standorte und prüft gerade eine Investition in Pinnow bei Schwedt/Oder. Die WFBB ist mit weiteren Defence-Unternehmen im intensiven Austausch über mögliche Investitionen in Brandenburg.

Die Förderung des Bundes für das länderübergreifend von WFBB und Wirtschaftsförderung Sachsen betriebene „Lausitz Investor Center" ist um weitere vier Jahre verlängert worden.

Mit 1.044 unternehmensbezogenen Dienstleistungen hat WFBB Arbeit die Brandenburger Wirtschaft aktiv bei der Gewinnung und Sicherung der notwendigen Fach- und Arbeitskräfte unterstützt. Das Team WFBB Arbeit „Fachkräfte und Qualifizierung" hat sich in 2025 vor Ort in Vietnam ein Bild über die Marktlage bei der Fachkräftegewinnung gemacht und wird die Ergebnisse in 2026 aktiv in eine Fachkräfteakquisitionsreise mit Firmen einbringen.

Die zweite Voraussetzung neben Fachkräften für Wachstum am Standort ist die Verfügbarkeit entwickelter Grundstücke. Die Gesellschaft ist hier mit Standorten in allen Regionen im Land im Gespräch. Ein neues spannendes, aber auch herausforderndes Thema mit den Kommunen ist die Identifizierung der richtigen Standorte für große Data Center.

Auch wenn in 2025 kein Stabilisierungsfall in die Abrechnung gekommen ist, beschäftigte das Thema die WFBB sehr. Die Regionalcenter und die regionalen Berater von WFBB Arbeit sind oft „Seismografen" vor Ort und enger Partner der Branchenteams. Die Lösungsansätze sind sehr individuell und durch beteiligte Konzerne außerhalb Brandenburgs oft nur schwer durchsetzbar.

In der Innovationsarbeit der WFBB war das Jahr 2025 geprägt von einer hohen Nachfrage nach den Förderprogrammen „Brandenburgischer Innovationsgutschein (BIG - Digital)" und „ProFIT Brandenburg 2023". Seit Q3 2025 sind zusätzlich der „BIG - Transfer" zur niederschwelligen Förderung von Technologietransfer Wissenschaft/Unternehmen und der „BIG - FuE" für praxisorientierte kleine FuE-Vorhaben wieder verfügbar. Beide wurden in den Beratungsprozess integriert, die Nachfrage entwickelt sich erwartungsgemäß gut.

671-mal haben Energieagentur und Stabsstelle Unternehmen und Kommunen im Jahr 2025 zur Energieeffizienz, zum Einsatz erneuerbarer Energien und zur Elektro- und Wasserstoffmobilität beraten. Das Energieportal wurde und wird weiterentwickelt, z. B. mit den neuen Regelungen zur Kommunalen Teilhabe nach dem BbgEESG. Anfang 2026 wurden die Kommunen - wie jedes Jahr - mit individuellen „kommunalen Energiesteckbriefen" informiert. Der „Lokale Ladeinfrastrukturleitfaden" mit und für Kommunen ist stark nachgefragt, erste Leitfäden wurden bereits gemeinsam erarbeitet und überreicht.

2025 hat die Startup-Unit 127 junge Unternehmen in den Bereichen Finanzierung/Förderung, Standortsuche und Vernetzung unterstützt, insb. aus den Branchen IKT, Life Sciences und Ernährungswirtschaft. Für das Förderprogramm „Gründung innovativ" wurden 33 Startups beraten und 26 fachliche Stellungnahmen für die ILB erstellt. Die Startup-Unit war beteiligt u. a. an den Eröffnungen der neuen Startup-Zentren in den Brandenburger Regionen. Die Kommunikationskampagne zur Initiative „Gründen in Brandenburg" wurde fortgesetzt.

In der Außenwirtschaft hat die WFBB das Jahr 2025 mit Unternehmensreisen nach Spanien, in die Niederlande, in die USA, nach China mit Minister Keller und nach Großbritannien sowie mit Gemeinschaftsständen auf der Interbattery in Seoul, auf der Hannovermesse, auf der Smarter E und auf der transport logistic (beide München) und auf der Kunststoffmesse K in Düsseldorf erfolgreich abgeschlossen. Das Konsortium von Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie und WFBB ist in eine neue Projektphase des Enterprise Europe Network gestartet. MinGenTec hat u.a. mit der BTU Cottbus-Senftenberg den BTU-Transfertag durchgeführt, die InnovationsChecks von MinGenTec werden zunehmend nachgefragt.

1.2 Jahresergebnis, Bilanz, GuV

Zuwendungsbescheid

Aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung erhielt die Gesellschaft am 12.02.2025 zunächst einen vorläufigen Zuwendungsbescheid. Dieser wurde mit Bescheid vom 09.04.2025 erstmalig geändert. Mit dem Schlussbescheid vom 23.07.2025 wurde der WFBB eine Zuwendung im Wege der institutionellen Förderung in Höhe von insgesamt 13.567,8 TEUR (Vj. 12.566,3 TEUR) als Festbetragsfinanzierung für den Zeitraum 01.01.2025 bis 31.12.2025 bewilligt.

Die Erhöhung der bewilligten institutionellen Förderung resultierte aus den geplanten Tarif- und Inflationssteigerungen (413,1 TEUR), der Reduzierung der geplanten Entnahme aus der Gewinnrücklage (410,6 TEUR), der Reduzierung der geplanten Finanzierungsbeiträge (150,0 TEUR) sowie der Institutionalisierung des Außenwirtschaftsportals (27,8 TEUR).

Aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung des Landes Brandenburg, die über die gesamte erste Jahreshälfte 2025 anhielt, konnten die im Wirtschaftsplan 2025 vorgesehenen Ausgaben erst ab Mitte des Jahres vollumfänglich getätigt werden. Diese Verzögerung hatte hauptsächlich Auswirkungen auf die Personalausgaben. So konnten unter anderem Nachbesetzungen nicht zeitnah erfolgen. Dies hat dazu geführt, dass die Planung der Gesellschaft davon ausging, dass die voraussichtlichen Personalausgaben zum Zeitpunkt der letzten Mittelanforderung zum Ende des Jahres rund 400 TEUR Euro geringer ausfallen werden als im Wirtschaftsplan 2025 angesetzt wurde.

Im laufenden Jahr 2025 hat die Gesellschaft weitere Drittmittelprojekte (Zuwendungsprojekte und Aufträge) begonnen, die noch nicht im Wirtschaftsplan 2025 berücksichtigt waren. Aus diesem Grund hat die WFBB zusätzliche Finanzierungsbeiträge erwirtschaftet. Diese beliefen sich zum Zeitpunkt des letzten Mittelabrufs auf rund 475 TEUR.

Infolge dieser Minderausgaben und Mehreinnahmen hat die Gesellschaft einen Betrag in Höhe von 460 TEUR der mit Zuwendungsbescheid vom 23.07.2025 gewährten institutionellen Förderung in Höhe von 13.567.800 EUR nicht abgerufen. Aufgrund dieser überwiegend nicht durch die Gesellschaft beeinflussbaren Umstände wurde ausnahmsweise für das Jahr 2025 nur ein Betrag in Höhe von 13.107.800 EUR abgerufen.

Durch diese institutionelle Förderung für das Jahr 2025, ergänzt durch die Drittmitteleinnahmen in Höhe von insgesamt 6.952,2 TEUR, konnte die Gesamtfinanzierung der Gesellschaft sichergestellt werden.

Jahresergebnis 2025

Im Ergebnis weist die WFBB im Berichtsjahr handelsrechtlich einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 169,3 (Vj. Jahresfehlbetrag 50,8 TEUR) aus. Dies ist geringer als im Wirtschaftsplan mit - 300 TEUR geplant. Der Jahresfehlbetrag resultiert hauptsächlich daraus, dass - wie oben dargestellt - insgesamt 460 TEUR weniger an Zuwendung abgerufen wurden, um in Abstimmung mit dem Zuwendungsgeber einerseits dem gegenüber dem Wirtschaftsplan reduzierten Zuwendungsbedarf (siehe oben) Rechnung zu tragen, andererseits das mit dem Wirtschaftsplan auch verfolgte Ziel eines planmäßigen Abschmelzens der Rücklage zumindest zum Teil zu erreichen.

Der Gesellschafterversammlung wird vorgeschlagen, den Jahresfehlbetrag in Höhe von 169,3 TEUR der Gewinnrücklage zu entnehmen.

Bilanz

Die Bilanzsumme ist leicht um 159 TEUR auf 7.936,5 TEUR gesunken. Dies liegt hauptsächlich an der Abnahme der Guthaben bei Kreditinstituten (- 555,6 TEUR) und der Reduzierung des Umlaufvermögens (- 157,7 TEUR).

Das Sachanlagevermögen hat sich um einen Betrag in Höhe von 216,6 TEUR erhöht, während sich die immateriellen Vermögensgegenstände um 95,5 TEUR verminderten. Der sich hieraus ergebende Saldo aus Erhöhung und Verminderung spiegelt die Veränderung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse wider.

Dabei haben sich die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 229,1TEUR auf insgesamt 384,4 TEUR erhöht, die Forderungen gegen Zuwendungsgeber hat sich dagegen geringfügig um 33,8 TEUR reduziert.

Das Eigenkapital der Gesellschaft ist - vorbehaltlich des entsprechenden Beschlusses der Gesellschafterversammlung (siehe oben) - aufgrund des Jahresfehlbetrages um 169,3 TEUR gesunken.

Die Rückstellungen haben sich geringfügig vermindert.

Der Betrag der Verbindlichkeiten hat sich um 86,9 TEUR auf 1.483,6 TEUR verringert. Im Wesentlichen ist dies auf die Erhöhung der erhaltenen Anzahlungen und die Reduzierung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und der sonstigen Verbindlichkeiten zurückzuführen.

Im Berichtsjahr war die Liquidität der Gesellschaft zu jedem Zeitpunkt gegeben. Die nachfolgende Kapitalflussrechnung für das Jahr 2025 zeigt die einzelnen Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit, aus Investitionstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit (alle Werte in TEUR).

	TEUR
1. Periodenergebnis	-169

	TEUR
2. + Abschreibungen auf Gegenständedes Anlagevermögens	751
3 +/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-24
4. + sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen	121
5. -/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiv (die nicht der Investions- oder Finanzierungstätigkeitzuzuordnen sind)	-276
6. - Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	-87
7. + Zinsaufwendungen	
8. + Ertragssteueraufwand	
9. +/- Ertragssteuerzahlungen/Ertragssteuererstattungen	-1
10. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	315
11. - Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-620
12. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	4
13. - Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-273
14. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	18
15. Cashflow aus der Investitonstätigkeit	-871
16. - Auszahlungen aus Eigenkaptialherabsetzungenan Gesellschafter des Mutterunternehmens	0
17. - Gezahlte Zinsen	0
18. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0
19. Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-556
20. + Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	4.604
21. Finanzmittelfonds am Ende der Periode	4.049

GuV

Die Zuwendungen, Projektförderungen und Entgelte von Dritten (Rohergebnis) haben sich im Berichtsjahr deutlich reduziert und sind gegenüber dem Vorjahr um 1.873 TEUR gesunken. Einer Erhöhung der institutionellen Förderung stand ein reduziertes Projekt- und Auftragsvolumens im Berichtsjahr entgegen.

Die Personalausgaben sind leicht um 213 TEUR gesunken. Gründe hierfür sind insbesondere spätere Einstellungen auf offene Stellen infolge der vorläufigen Haushaltsführung und eine Nichtnachbesetzung von Stellen durch das altersbedingte Ausscheiden von Mitarbeitenden. Darüber hinaus hat das reduzierte Projektvolumen zu einer Reduzierung der befristen Arbeitsverträge und damit zu einer Reduzierung der Personalausgaben geführt. Dem gegenüber stehen die tarifvertraglichen Erhöhungen der Personalausgaben.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind ebenfalls deutlich um 1.523,8 TEUR gesunken. Dies korrespondiert mit dem geringeren Projektvolumen.

Der vom Zuwendungsgeber bestätigte Stellenplan der WFBB enthielt für das Geschäftsjahr 2025 einschließlich der Geschäftsführung 159,5 Stellen zzgl. 3 Stellen für Auszubildende (Vj. 162,5 Stellen; 3 Stellen für Auszubildende). Die im Stellenplan enthaltenen, aber nicht durch die institutionelle Förderung finanzierten Stellen des Projekts NATRAC werden über eine Projektförderung aus der Intervention der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) finanziert.

Im Rahmen von Drittmittelprojekten wurden außerhalb des institutionellen Stellenplanes 7,6 (Vj. 10,6) projektbezogen befristete Stellen zusätzlich bewirtschaftet.

Der Anteil der Frauen im Unternehmen beträgt 55 % (nach Köpfen; Vj. 57 %).

Personal

Zahlen per 31.12.2025 (ohne stud. Hilfskräfe)	Stellen	in FTE*	Personen**
Angestellte im Rahmen der instit. Förderung	130,50	122,19	129
Clusterstellen mit Projektfinanzierung	27,0	10,68	11
befristet Angestellte im Rahmen von Projekten	7,6	7,48	8
(davon Clusterstellen)		(0)	(0)
Geschäftsführung	2,00	2,00	2
Auszubildende	3,00	2,00	2

* FTE = Full Time Equivalent;** Abweichung zur Zahl der Stellen durch Angestellte in Teilzeit

2. Leistungsindikatoren

Eine Übersicht über die Leistungsindikatoren zeigt die nachfolgende Tabelle. Die Darstellung enthält sowohl finanzielle als auch nichtfinanzielle Indikatoren. Für die Erfassung der Leistungsindikatoren Ziel 1bis Ziel 7 wird das CRM-System KWIS genutzt.

Ziel 9b resultiert aus der alle zwei Jahre stattfindenden Mitarbeiterzufriedenheitsbefragung der Gesellschaft.

Ziel 10 resultiert aus der Summe der erwarteten Finanzierungsbeiträge aus Drittmittelprojekten für das Folgejahr im Verhältnis zur Zielvorgabe. Basis sind 90 % der im Wirtschaftsplan der Gesellschaft erwarteten Finanzierungsbeiträge.

Dimension	Zielfelder/Messkriterien	Jahresergebnis 2025
1. Standort		
Ziel 1	Zusage der Schaffung und Stabilisierung von Arbeitsplätzen (Ansiedlungen, Erweiterungen, Stabilisierungen, Innovations- und Existenzgründungsprojekte, Vermittlung in Arbeit und Ausbildung)	3.059
	+ Arbeitsplätze Tesla	-
Ziel 2	Anzahl der Projekte (Ansiedlungen, Erweiterungen, Stabilisierungen, Innovationsprojekte, Vermittlung in Arbeit und Ausbildung)	310
	+ Projektzahl Tesla	1
Ziel 3a	Höhe des Investitionsvolumens (Ansiedlungen, Erweiterungen, Stabilisierungen, Innovationsprojekte) in MEUR	1.355
Ziel 3b	Investitionsvolumen Rechenzentren in MEUR	1.833
	Investitionsvolumen Tesla in MEUR	*
Ziel 4	Anzahl (unternehmensbezogene) Dienstleistungen WFBB Arbeit	1.044
Ziel 5	Anzahl Dienstleistungen Energieagentur Brandenburg (inkl . SAEW)	671
Ziel 6	Anzahl Dienstleistungen Außenwirtschaft und Europa-Service	781
Ziel 7	Anzahl Dienstleistungen Startup- und Gründungsunterstützung	433
Ziel 8	Anzahl Dienstleistungen Cluster	397
2. Zufriedenheit		
Ziel 9b (in ungeraden Jahren)	Mitarbeiterzufriedenheit: Weiterempfehlungsrate	82,6 %
3. Organisation & Prozesse		

Dimension	Zielfelder/Messkriterien	Jahresergebnis 2025
Ziel 10	Sicherung der notwendigen Einnahmen außerhalb der institutionellen Förderung zur Gesamtfinanzierung des Wirtschaftsplans (Finanzplan) des Folgejahres	116,6 %

* Teilsumme für das Jahr 2025 nicht verfügbar.

3. Ausblick 2026

Auch wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland zum Jahresanfang 2026 weiterhin angespannt sind und der erhoffte Aufschwung noch nicht in der Breite eingesetzt hat, arbeiten die Teams der Gesellschaft engagiert daran, die für Brandenburg bestehenden Marktchancen zu nutzen.

Brandenburg ist auf dem Weg, sich neben der Rhein/Main-Region zum zweiten großen Standort für Data Center in Deutschland zu entwickeln. Neben der Großinvestition der Schwarz-Gruppe mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 11Milliarden Euro hat auch der ebenfalls von der WFBB begleitete Betreiber Amazon Web Services (AWS) Investitionen für seine „European Sovereign Cloud" im Umfang von rund 7,8 Milliarden Euro in Brandenburg angekündigt. Die ersten beiden Data Center von AWS entstehen in Massen und Baruth. Eine weitere Wachstumschance ist die Defence Industrie. Auch wenn sich deren Firmenzentralen historisch bedingt in den alten Bundesländern befinden, bietet Brandenburg geeignete Flächen, Fachkräfte und eine hohe Umsetzungsgeschwindigkeit bei den Investitionsvorhaben an. Neben dem direkten Effekt der Investitionen können auch ansässige Brandenburger Unternehmen als Zulieferer profitieren. Die Gesellschaft führt dazu Anfang März 2026 mit den Brandenburger IHKn eine Informationsveranstaltung für potenzielle Zulieferer durch. Trotz der Stagnation der deutschen Automobilindustrie verzeichnet Brandenburg wieder eine leicht ansteigende Nachfrage im Automotivesektor und wird sich diesem Thema weiter intensiv widmen. International wird die Gesellschaft gemeinsam mit GTAI den indischen Markt weiterbearbeiten. Zusammen mit GTAI bereitet die WFBB eine Mutterhaus- und Investorenreise nach Japan vor.

Nach einjähriger Vorarbeit wird die Gesellschaft im Spätherbst 2026 die erste Akquisitionsreise für Fachkräfte und Auszubildende mit interessierten Brandenburger Firmen nach Vietnam durchführen. WFBB Arbeit organisiert die Reise mit ihrem „International Talent Desk". In die Pilotmaßnahme werden auch die IHK und HWK Potsdam eingebunden. Die Aktivitäten sollen dann im Land weiter ausgedehnt werden. Darüber hinaus setzt die WFBB die Zusammenarbeit mit Kammern und Hochschulen zur verstärkten Werbung internationaler Absolventen für Brandenburger Betriebe fort.

Der boomende Data Center Markt bietet Kommunen Chancen für neue Einnahmen, stellt sie zugleich vor große Herausforderungen. Die Gesellschaft hat deshalb eine Fachkonferenz mit rund 130 kommunalen Beteiligten durchgeführt und lässt aktuell, finanziert durch das Wirtschaftsministerium, einen Leitfaden für Kommunen bei der Ansiedlung von Data Centern erstellen. Darüber hinaus berät die Gesellschaft Kommunen beim Auf- und Ausbau von Industrieund Gewerbestandorten, der Grundlage für weiteres wirtschaftliches Wachstum.

Unbeschadet dessen macht die gesamtwirtschaftliche Lage auch eine weitere Unterstützung von Unternehmen mit Stabilisierungsbedarf erforderlich. Hier arbeiten Branchenteams, Regionalcenter und WFBB Arbeit eng verzahnt mit dem Wirtschaftsministerium zusammen.

Wie in früheren Jahren steigt in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten die Nachfrage nach Innovationsförderprogrammen, um Produktivität zu erhöhen, neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln und FuE-Kapazitäten zu sichern. Auch 2026 ist daher von einer sehr hohen Nachfrage auszugehen. Gleichzeitig wenden sich Unternehmen in kritischen wirtschaftlichen Situationen verstärkt an die Regionalcenter, die Bedarfe aufnehmen, intern vermitteln und bei Bedarf Prozesse vor Ort begleiten.

Die Energieagentur hat das Angebot „Kommunale Energiewendedialoge" überarbeitet, die ersten Anfragen für 2026 liegen vor, insb. zu PV-Freiflächenanlagen. Die Energieagentur unterstützt dabei die Kommune bei der Entscheidungsfindung durch unabhängige Beratung. Für Unternehmen hat das Land die Förderrichtlinie „Erneuerbare Energien Brandenburg 2025" aufgelegt, zu denen die Energieagentur 2026 beraten wird. Nachgefragt ist bei Unternehmen nach wie vor die Einbindung Erneuerbarer Energien zur Eigenstromversorgung.

Im Januar wurde die Gesellschaft vom MWAEK mit dem Aufbau und der Erprobung von Beratungsangeboten für Kommunen beim Klimaschutz und bei der Klimaanpassung und mit dem Aufbau einer Energie- und Klimaagentur beauftragt. Diese soll auch die bisherige Energieagentur und die bisherige Stabsstelle Anwendung Elektro- und Wasserstoffmobilität umfassen. Der Auftrag hat eine Laufzeit bis zum 31.12.2027 und einen Umfang von elf (auf die Laufzeit befristeten) Stellen. Davon ausgehend, dass Aufbau und Erprobung positiv verlaufen, wird eine dauerhafte Übernahme ins Portfolio der Gesellschaft und eine Verstetigung durch Institutionalisierung angestrebt.

Die Startup-Unit plant für 2026 acht Veranstaltungen bzw. Teilnahmen an größeren Veranstaltungen: Frauen auf dem Weg, Startup Week Brandenburg inkl. Startup Meet & Greet, Viva Tech Paris, Gründungspreis Brandenburg, Bund-Länder-Treffen, BACB Pitching Day und gemeinsam mit dem BACB das Female StartAperitivo Halbfinale Brandenburg. Die Kommunikationskampagne zur Initiative „Gründen in Brandenburg" soll auch in 2026/2027 weitergeführt werden.

Zur internationalen Markterschließung bietet die WFBB 2026 zwölf Unternehmensreisen nach Tschechien, Australien, VAE, Dänemark/Schweden, Indien, Breslau, Ghana, Kanada, Litauen/Polen, Brasilien, China und Frankreich an. Außerdem wird es Gemeinschaftsstände und EEN-Matchmakings auf folgenden Messen geben: InterBattery (Seoul), Smarter E Europe (München), Hannover Messe, ILA (Schönefeld), hlth Europe (Amsterdam), Semicon Europa (München); InnoTrans, DMEA, GITEX und Smart Country Convention (alle Berlin).

Das STARK-Projekt MinGenTec wird planmäßig Mitte 2026 mit einem InnovationsWorkshop zum Thema Digitalisierung/Kl, dem letzten Netzwerktreffen, einer Beteiligung an den DeCarbon Days in Cottbus und einer Abschlusspressekonferenz zu Ende gehen.

Finanzen

Die Gesellschaft hat am 29. Januar 2026 einen Zuwendungsbescheid für die institutionelle Förderung über 13.888,6 TEUR erhalten. Dieser billigt und erklärt den Wirtschaftsplan 2026 für verbindlich mit Ausnahme der erwarteten Tarifsteigerung in Höhe von 440,0 TEUR. Diese kann derzeit nicht anerkannt werden; nach Gegenrechnung der geplanten Entnahme aus der Rücklage in Höhe von 300,0 TEUR reduziert sich dadurch die institutionelle Förderung zunächst um 140,0 TEUR gegenüber dem Wirtschaftsplan.

Für das laufende Geschäftsjahr 2026 rechnet die Gesellschaft mit einem negativen handelsrechtlichen Ergebnis (laut Wirtschaftsplan 300,0 TEUR). Der Fehlbetrag soll (wie die auch im Rahmen des Zukunftskonzepts der Gesellschaft für weitere Folgejahre geplanten Fehlbeträge) durch Entnahmen aus der Gewinnrücklage ausgeglichen werden. Dies führt zu einer mittelfristigen Reduzierung der Eigenkapitalausstattung sowie der liquiden Mittel.

In der aktualisierten mittelfristen Finanzplanung der WFBB rechnet die Gesellschaft für das Jahr 2027 mit einer institutionellen Förderung in Höhe von rund 17.056,1 TEUR. Die deutliche Erhöhung gegenüber dem laufenden Jahr ist auf die geplante Institutionalisierung des Auftrages zum Aufbau einer Energie- und Klimaagentur und des Projektes EnableTech zurückzuführen.

Die erwarteten Finanzierungsbeiträge (Personalkosten- und Gemeinkostenumlagen aus Drittmittelprojekten und -aufträgen) werden mit rund 1.250 TEUR nicht mehr das Niveau des laufenden Jahres erreichen. Auch für das Jahr 2027 rechnet die Gesellschaft mit einem negativen handelsrechtlichen Ergebnis.

4. Risikomanagement

Grundsätze

Das Risikomanagement der WFBB hat das Ziel, die für die WFBB relevanten Risiken rechtzeitig zu identifizieren, konkrete Risiken frühestmöglich zu erkennen und Maßnahmen zu deren Abwendung bzw. zur Begrenzung negativer Auswirkungen auf die Erreichung der Ziele der WFBB zu treffen. Die Notwendigkeit für die Umsetzung des Risikomanagements ergibt sich sowohl aus rechtlichen Anforderungen wie dem Haushaltsgrundsätzegesetz als auch dem Corporate Governance Kodex.

Das Risikomanagement ist an die konkrete Situation der WFBB angepasst. So trägt die WFBB die generellen Risiken einer öffentlich institutionell geförderten Einrichtung. Dazu gehört beispielsweise die Abhängigkeit von öffentlicher Finanzierung. Da die Gesellschaft im institutionellen Bereich nicht ausfinanziert ist, besteht zudem das Erfordernis zur Einwerbung von Drittmitteln, um die Gesamtfinanzierung der Gesellschaft zu sichern. Zur Erfassung und Bewertung der Risiken bedient sich die WFBB der Software R2C_GRC, Release 9.0.0.24117 vom 26.4.2024.

Die WFBB unterscheidet externe und interne Risiken. Unter den externen Risiken werden die Risikoarten regulatorische/rechtliche Risiken, Marktrisiken und allgemeine externe Risiken verstanden. Unter den internen Risiken subsumiert die WFBB die Risikoarten strategische Risiken, operationelle Risiken und finanzielle Risiken. Veränderungen in den Risiken oder ihrer Bewertung werden von der Gesellschaft im Risikomanagementsystem aufgenommen und maßnahmenseitig unterlegt.

Aktuelle Werte

Zum 31.12.2025 hat die Gesellschaft eine Historisierung durchgeführt, nachdem alle Risiken einer neuen Einschätzung und Bewertung unterzogen wurden.

Aktuell werden 33 Risiken (Vj: 33) einer regelmäßigen Überwachung unterzogen. Der kurzfristige Erwartungswert der Risiken hat sich gegenüber dem letzten Berichtszeitpunkt 31.12.2024 leicht reduziert auf insgesamt 1.816 TEUR (Vj: 1.826 TEUR). Die leichte Reduzierung des Erwartungswertes ist auf die Neubewertung von Risiken zurückzuführen (darunter u.a. die Risiken Ilmsatzsteuernachzahlung bei abgeschlossenen und bei laufenden Projekten und Vorfinanzierung von Projektaufwendungen).

Die Aktualisierung der Risiken hat auch Verschiebungen bei der Einstufung der Risiken und deren Auswirkungen mit sich gebracht. Die aktuelle Einordnung der Risiken stellt sich wie folgt dar:

Aktive Risiken:					**Erwartungswert**
0					0 TEUR
8					1.374 TEUR
25					452 TEUR
[Auswirkung]					
sehr hoch	3	0	0	0	0
hoch	1	0	0	0	0
mittel	2	1	0	0	0
gering	6	3	3	0	0
sehr gering	7	5	2	0	0
	sehr gering	gering	mittel	hoch	sehr hoch
					[Eintrittswahrscheinlichkeit]

Die fünf größten Risiken der WFBB (höchster Erwartungswert) sind im gelben Bereich abgebildet: Das Risiko mit dem höchsten Erwartungswert ist das Risiko einer **Umsatzsteuernachzahlung bei abgeschlossenen Projekten**. Ebenfalls einer besonderen Beobachtung unterliegen die Risiken der **Rückforderung aufgrund der Nichteinhaltung des Vergaberechts**, der **Vorfinanzierung von Projektaufwendungen**, das Risiko **Vertraulichkeitsverletzung** und das **Risiko IT-Risiken extern**.

Zusammenfassende Bewertung

Insgesamt betrachtet, werden in der aktuellen Risikosituation der WFBB zurzeit keine Auffälligkeiten festgestellt, die die Entwicklung der WFBB gefährden könnten. Perspektivisch kann sich jedoch die Eigenkapitalsituation zur Risikoabsicherung der Gesellschaft durch geplante Entnahmen aus der Rücklage zur Finanzierung von Mehraufwendungen aufgrund von Tarifsteigerungen und allgemeiner Teuerung in den nächsten Jahren deutlich verschlechtern. Der Mindestbetrag zur Risikoabsicherung in Höhe eines durchschnittlichen Erwartungswerts von 2 Mio. EUR sollte dabei nicht unterschritten werden.

5. Erklärung zur Unternehmensführung

Im Berichtsjahr war der Aufsichtsrat im Durchschnitt mit drei Frauen besetzt. Dies entspricht bei zehn Mitgliedern zum Stichtag 31.12. einem Anteil von 30 %. Die Gesellschaft beschäftigt in den Führungsebenen unterhalb der Geschäftsführung weibliche Führungskräfte mit einem Anteil in Höhe von 36%.

Die Gesellschaft hat Regionalcenter in Potsdam, Neuruppin, Eberswalde, Frankfurt (Oder) und Cottbus. In den Regionalcentern arbeiten zwischen sechs und zehn Mitarbeitende. Die Büros in Elstal und im Dock3 in Spreetal wurden zum 31.12.2025 aufgegeben.

Potsdam, 16.03.2026

Dr. Steffen Kammradt Sprecher der Geschäftsführung

Sebastian Saule, Geschäftsführer

Bilanz

Aktiva

	31.12.2025 EUR
B. Summe Aktiva	0,00

Passiva

	31.12.2025 EUR
C. Summe Passiva	0,00

Gewinn- und Verlustrechnung

	1.1.2025 - 31.12.2025 EUR	**1.1.2024 - 31.12.2024 EUR**
1. Rohergebnis	20.993.259,56	22.892.213,53
2. Personalaufwand	12.928.904,34	13.141.733,07
a) Löhne und Gehälter	10.666.703,17	10.948.550,44
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.262.201,17	2.193.182,63
davon Aufwendungen für Altersversorgung	127.122,20	120.037,42
3. Abschreibungen	750.654,91	828.805,90

	1.1.2025 - 31.12.2025 EUR	1.1.2024 - 31.12.2024 EUR
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	7.517.908,76	9.041.675,70
5. Finanz- und Beteiligungsergebnis	36.179,87	70.702,73
a) sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	38.630,65	72.129,35
b) Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.450,78	1.426,62
6. Ergebnis nach Steuern	-168.028,58	-49.298,41
7. sonstige Steuern	1.257,33	1.478,00
Jahresfehlbetrag	169.285,91	50.776,41

Anhang

Bilanz zum 31. Dezember 2025

AKTIVA

	31.12.2025 EUR	31.12.2024 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.160.731,00	1.122.248,50
2. Geleistete Anzahlungen	32.692,94	166.694,37
	1.193.423,94	1.288.942,87
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.956,50	5.128,50
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	596.135,00	379.361,50
	601.091,50	384.490,00
III. Finanzanlagen		
Beteiligungen	1.533,88	1.533,88
	1.796.049,32	1.674.966,75
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
1. Waren	12.964,59	12.522,98

	31.12.2025 EUR	31.12.2024 EUR
2. Geleistete Anzahlung	5.000,00	5.000,00
	17.964,59	17.522,98
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	384.369,81	155.221,87
- davon gegen das Land Brandenburg: EUR 372.722,34 (Vorjahr: EUR 139.137,07)		
2. Forderungen gegen Zuwendungsgeber	1.383.206,90	1.417.067,48
- davon gegen das Land Brandenburg: EUR 168.143,20 (Vorjahr: EUR 553.424,28)		
3. Sonstige Vermögensgegenstände	72.277,39	109.913,74
- davon gegen des Land Brandenburg: EUR 33.575,73 (Vorjahr: EUR 101.452,15)		
	1.839.854,10	1.682.203,09
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	4.048.542,80	4.604.141,19
	5.906.361,49	6.303.867,26
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	234.070,73	116.461,43
	7.936.481,54	8.095.295,44
Treuhandguthaben	0,00	7.077,28

PASSIVA

	31.12.2025 EUR	31.12.2024 EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	223.000,00	223.000,00
II. Gewinnrücklagen	4.140.137,05	4.190.913,46
III. Jahresüberschuss	-169.285,91	-50.776,41
	4.193.851,14	4.363.137,05
B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONSZUSCHÜSSE	1.796.049,32	1.674.966,75
C. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Steuerrückstellungen	250,00	1.500,00
2. Sonstige Rückstellungen	462.697,06	485.192,20
	462.947,06	486.692,20
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	320.797,32	197.587,29
- davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr: EUR 320.797,32 (Vorjahr: EUR 197.587,29)		
- davon gegenüber dem Land Brandenburg: EUR 320.797,32 (Vorjahr: EUR 134.387,29)		

	31.12.2025 EUR	31.12.2024 EUR
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	692.299,04	1.109.310,45
- davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr: EUR 692.299,04 (Vorjahr: EUR 1.109.310,45)		
- davon gegen andere Gesellschafter: EUR 9.894,29 (Vorjahr: EUR 10.000,00)		
3. Verbindlichkeiten gegenüber Zuwendungsgebern	345.379,67	132.241,43
- davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr: EUR 345.379,67 (Vorjahr: EUR 132.241,43)		
- davon gegenüber dem Land Brandenburg: EUR 112.875,97 (Vorjahr: EUR 31.816,24)		
4. Sonstige Verbindlichkeiten	125.157,99	131.360,27
- davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr: EUR 124.155,16 (Vorjahr: EUR 131.360,27)		
- davon gegenüber dem Land Brandenburg: EUR 107.146,71 (Vorjahr: EUR 118.135,83)		
- davon aus Steuern: EUR 107.146,71 (Vorjahr: EUR 30.922,50)		
	1.483.634,02	1.570.499,44
	7.936.481,54	8.095.295,44
Treuhandverbindlichkeiten	0,00	7.077,28

Anhang für das Geschäftsjahr 2025

1. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss der Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH (kurz: WFBB) wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs aufgestellt.

Ergänzend zu diesen Vorschriften waren die Regelungen des GmbH-Gesetzes zu beachten.

Angaben, die wahlweise in der Bilanz, in der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang gemacht werden können, sind teilweise im Anhang aufgeführt.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Nach den in § 267 Abs. 2 HGB angegebenen Größenklassen ist die Gesellschaft eine mittelgroße Kapitalgesellschaft. Sie hat den Jahresabschluss gemäß § 65 Abs. 1 Landeshaushaltsordnung (LHO) Brandenburg i. V. m. § 19 des Gesellschaftsvertrages und in Übereinstimmung mit dem Corporate Governance Kodex für die Beteiligung des Landes Brandenburg an privatrechtlichen Unternehmen (Stand 2025) nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften aufgestellt.

Die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind unter Berücksichtigung der Besonderheiten der WFBB als überwiegende Zuwendungsempfängerin gegliedert. Einzelne Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung wurden hinsichtlich ihrer Gliederungen und Bezeichnung geändert bzw. angepasst, um die Klarheit und Übersichtlichkeit des Jahresabschlusses zu gewährleisten (§ 265 Abs. 5 und 6 HGB).

Forderungen gegen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern werden als „Davon- Vermerke“ in der Bilanz bei den entsprechenden Bilanzpositionen vermerkt (§ 42 Abs. 3 GmbHG).

Die WFBB ist überwiegend im institutionell bzw. zuwendungsgeförderten Bereich tätig. Vor diesem Hintergrund werden alle fremdbezogenen Kosten im sonstigen betrieblichen Aufwand abgebildet. In geringem Umfang ist die WFBB auch als Auftragnehmerin für Behörden des Landes Brandenburg tätig. Die im Rahmen dieser Leistungserbringung fremdbezogenen Kosten werden aus Vereinfachungsgründen nicht im Materialaufwand ausgewiesen.

2. Angaben zur Identifikation der Gesellschaft lauf Registergericht

Firma laut Registergericht	Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH

Firmensitz laut Registergericht	Potsdam
Registereintrag	Handelsregister
Registergericht	Potsdam
Register-Nr.:	4611

3. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

3.1 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Bewertungsvorschriften wurden unter Berücksichtigung der Fortführung der Unternehmenstätigkeit beachtet. Die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewandten Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

Entgeltlich erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** wurden zu Anschaffungskosten angesetzt und, sofern sie der Abnutzung unterlagen, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Zur Optimierung von Prozessabläufen und speziellen Webseiten der WFBB sind Softwareentwickler mit entsprechenden Programmierungsleistungen beauftragt. Mit Beginn der erstmaligen Nutzung erfolgt die Abschreibung über eine vorläufig definierte Restnutzungsdauer. Aktuell erfolgen Weiterentwicklungen an der Software und Webseiten, welche als nachträglichen Anschaffungskosten zu den bestehenden Wirtschaftsgütern aktiviert werden. Eine Neueinschätzung einer sich verlängerten Restnutzungsdauer hat bisher nicht stattgefunden. Eine Neubeurteilung der verbleibenden Restnutzungsdauer wird nach Ablauf der hälftigen Nutzungsdauer erfolgen.

Das **Sachanlagevermögen** wurde zu Anschaffungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Soweit immaterielle Wirtschaftsgüter (z. B. Filme, Videos) ausschließlich auf speziellen beweglichen Wirtschaftsgütern (z. B. interaktive Medientische) wiedergegeben werden können, werden diese immateriellen Wirtschaftsgüter als Anschaffungsnebenkosten bei dem beweglichen Wirtschaftsgut mit aktiviert und über dessen wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben.

Die planmäßigen **Abschreibungen** wurden nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände linear vorgenommen.

Bewegliche Gegenstände des **Anlagevermögens** bis zu einem Wert von größer 250,00 Euro bis 800,00 Euro netto werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben und im Anlagenspiegel als Zu- und Abgang ausgewiesen.

Soweit Trivialsoftware mit einem Wert von größer 250,00 Euro bis 800,00 Euro (netto) angeschafft wird, erfolgt wie bei den beweglichen Gegenständen des Anlagevermögens eine Sofortabschreibung der Trivialsoftware als GWG. Im Anlagespiegel wird die betroffene Trivialsoftware ebenfalls als Zu- und Abgang ausgewiesen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter (Lizenzen, Handy u. ä.) mit Anschaffungskosten von kleiner als 250,00 Euro werden sofort als laufender betrieblicher Aufwand erfasst und nicht im Bruttoanlagespiegel abgebildet.

Die **Finanzanlagen** wurden wie folgt angesetzt und bewertet:

- Beteiligungen zu Anschaffungskosten

Soweit erforderlich, wurde der am Bilanzstichtag vorliegende niedrigere Wert angesetzt.

Der Warenbestand ist unter Beachtung des Niederstwertprinzips mit den Anschaffungskosten oder den niedrigeren beizulegenden Werten angesetzt. Geleistete Anzahlungen auf Vorräte werden zum Nennwert bilanziert.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind mit ihrem Nominalwert angesetzt und wurden unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken bewertet.

Forderungen gegen Zuwendungsgeber resultieren aus Aufwendungen für Projekte, für die noch kein Mittelabruf erfolgte. Die Bewertung erfolgt zu Herstellungskosten und beinhaltet angemessene Gemeinkosten.

Sonstige Vermögensgegenstände sind mit ihren Nominalwerten angesetzt und wurden unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken bewertet.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nennwert bewertet.

Im **Rechnungsabgrenzungsposten** sind auf der Aktivseite Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Latente Steuern können sich aus Bewertungsunterschieden zwischen der Handels- und Steuerbilanz sowie bestehenden Verlustvorträgen ergeben. Diese werden saldiert betrachtet und die Möglichkeit einer Nutzung von Verlustvorträgen innerhalb der nächsten 5 Jahre berücksichtigt. Ein sich danach insgesamt ergebender Passivüberhang wird unter passiven latenten Steuern ausgewiesen; für einen sich daraus insgesamt ergebenden Aktivüberhang wird das Wahlrecht gemäß § 275 HGB in Anspruch genommen und keine aktiven latenten Steuern bilanziert.

Das **gezeichnete Kapital** entspricht dem im Gesellschaftsvertrag festgesetzten Stammkapital und ist zum Nennbetrag ausgewiesen.

Die **anderen Gewinnrücklagen** wurden in den Vorjahren aus Überschüssen dotiert. Grundlage hierfür waren Regelungen in den Zuwendungsbescheiden zur institutionellen Zuwendung. Aufgrund von mit dem Zuwendungsgeber vereinbarten Haushaltsflexibilisierungen durfte die WFBB Überschüsse aus dem Saldo der Einnahmen (Deckungsmittel) und Ausgaben (Finanzbedarf) des Jahresabschlusses einstellen, wenn diese höher ausfielen als im Wirtschaftsplan ursprünglich veranschlagt waren. Nicht in die Rücklage eingestellte Überschüsse werden entsprechend Nr. 1.6 der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur institutionellen Förderung (ANBestI) auf die Zuwendung des Folgejahres angerechnet. Ist der Saldo der Einnahmen und Ausgaben des Jahresabschlusses niedriger als im Wirtschaftsplan ursprünglich veranschlagt, ist ein Ausgleich zu Lasten der Rücklage zulässig.

Im Rahmen der Evaluierung im Jahr 2017 wurde empfohlen, das Eigenkapital der WFBB zur Risikoabsicherung auf mindestens 20% des Geschäftsvolumens festzusetzen. Im Zuwendungsbescheid zur institutionellen Zuwendung für das Jahr 2026 wurde die perspektivische maximale Höhe der Rücklage erstmals mit 3 Mio. EURO definiert. Die Gesellschaft hatte im Jahr 2024 ein Zukunftskonzept zur Sicherung der institutionellen Förderung in den nächsten Jahren entwickelt, welches für die Jahre 2025 bis 2029 in den entsprechenden Wirtschaftsplänen jährliche Defizite von 300 Tsd. EURO zur Schonung der institutionellen Förderung vorsieht. Die geplanten Defizite sollen aus Mitteln der Gewinnrücklage finanziert werden; damit soll gleichzeitig die Gewinnrücklage planvoll reduziert werden.

Sonderposten für Investitionszuschüsse sind nach handelsrechtlichen Grundsätzen unter Berücksichtigung entsprechender Abschreibung, Übertragung und Einstellung angesetzt und bewertet und entwickeln sich analog der geförderten Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens. Die Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens bzw. Abgänge aus diesem werden in der Gewinnund Verlustrechnung unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Zugänge zum Sonderposten werden unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung gezeigt.

Die **Steuerrückstellungen** beinhalten die das Geschäftsjahr betreffenden, noch nicht veranlagten Steuern und werden zum voraussichtlichen Erfüllungsbetrag angesetzt. Dabei werden bei der Ermittlung von Ertragsteuern bereits geleistete Vorauszahlungen und bereits einbehaltene Kapitalertragsteuern einschließlich Solidaritätszuschlag sowie vorhandene Verlustvorträge berücksichtigt.

Die **sonstigen Rückstellungen** wurden in Höhe der voraussichtlichen Erfüllungsbeträge nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung dotiert und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Bei Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden künftige Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt und eine Abzinsung auf den Abschlussstichtag vorgenommen. Als Abzinsungssätze werden die den Restlaufzeiten der Rückstellungen entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssätze der vergangenen sieben Geschäftsjahre verwendet, wie sie von der Deutschen Bank monatlich bekannt gegeben werden.

Verbindlichkeiten wurden zum Erfüllungsbetrag angesetzt. Die erhaltenen Anzahlungen sind, sofern notwendig, um die darin enthaltene Umsatzsteuer vermindert (Nettomethode).

Verbindlichkeiten gegenüber Zuwendungsgebern werden zum Erfüllungsbetrag ausgewiesen. Es handelt sich hierbei um zum Stichtag noch nicht verbrauchte Zuwendungen für laufende Projekte, die im Folgejahr überwiegend ertragswirksam vereinnahmt werden.

Guthaben und Verbindlichkeiten aus **Treuhandverhältnissen** werden zum Nennwert bzw. Erfüllungsbetrag unter der Bilanz ausgewiesen.

4. Angaben zur Bilanz

4.1 Anlagespiegel für die einzelnen Posten des Anlagevermögens

Die Entwicklung der Bilanzposten Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen und Finanzanlagen im Geschäftsjahr sind im Anlagenspiegel (Anlage zum Anhang) dargestellt.

Der Anteilsbesitz setzt sich wie folgt zusammen:

	Beteiligungsquote %
UP-Transfer gemeinnützige Gesellschaft für Wissens- und Technologietransfer mbH an der Universität Potsdam, Potsdam	6,00

Der letzte vorliegende Jahresabschluss betrifft das Geschäftsjahr 2024. Die Gesellschaft erwirtschaftete einen Jahresfehlbetrag von 235 Tausend Euro. Das Eigenkapital dotierte mit 480,6 Tausend Euro.

4.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Es bestehen keine Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände mit Restlaufzeiten größer ein Jahr.

Die **Forderungen gegen Zuwendungsgeber** resultieren aus Kostenvorlagen der WFBB im Rahmen ihrer Projekttätigkeit. Diese werden im Folgejahr gegenüber den Zuwendungsgebern abgerechnet und müssen durch diese noch bestätigt werden.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** beinhalten Rückerstattungsansprüche aus bereits eingehaltenen Kapitalertragsteuern einschließlich Solidaritätszuschlag auf Kapitalerträge in Höhe von 28.436,22 Euro (Vorjahr: 24.584,09 Euro) die Veranlagungszeiträume 2025 und 2024 betreffend. Weiterhin werden antizipative Posten aus im Folgejahr abziehbare Vorsteuererstattungen in Höhe von 5.139,30 Euro (Vorjahr: 76.868,36) ausgewiesen.

4.3 Aktive latente Steuern

Unter Berücksichtigung der im vorliegenden Jahresabschluss bestehenden Bewertungs¬ unterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz sowie den unternehmensindividuellen Steuersätzen von 16,45 % (Gewerbesteuer), 15,0 % (Körperschaftsteuer) und 5,5 % (Solidaritätszuschlag) bestehen aktive Steuerlatenzen in Höhe von 9,0 Tausend Euro (Vorjahr: 12,6 Tausend Euro). Die Bewertungsunterschiede zur Steuerbilanz betreffen die Rückstellungen für Urlaubsansprüche und betragen 27,8 Tausend Euro (Vorjahr 39,8 Tausend Euro). Darüber hinaus bestehen steuerliche Verlustvorträge in Höhe von rd. 22,9 Mio. Euro für Körperschaftsteuer und rd. 21,5 Mio. Euro für Gewerbesteuer.

4.4 Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital wird zu 74,9 % vom Land Brandenburg gehalten.

4.5 Gewinnrücklagen gemäß § 29 Abs. 4 GmbHG

Der Jahresfehlbetrag 2024 in Höhe von 50.776,41Euro wurde gemäß Gesellschafterbeschluss vom 21. Juli 2025 aus anderen Gewinnrücklagen entnommen.

4.6 Angaben zu Rückstellungen

Die **Steuerrückstellungen** zur Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag betragen insgesamt 0,00 Euro (Vorjahr: 0,00 Euro) und zur Gewerbesteuer insgesamt 0,00 Euro (Vorjahr: 0,00 Euro).

Die **sonstigen Rückstellungen** betreffen im Wesentlichen mit 231.883,00 Euro (Vorjahr: 237.207,00 Euro) Rückstellungen für Urlaubsansprüche, mit 60.594,86 Euro (Vorjahr: 66.229,70 Euro) sonstige Rückstellungen für Archivierungskosten sowie variable Vergütungen, mit 85.125,00 Euro (Vorjahr: 93.605,00 Euro) Rückstellungen für Gleitzeitansprüche, mit 20.658,70 Euro (Vorjahr: 1.645,00 Euro) Rückstellungen für ausstehende Rechnungen und mit 64.435,50 Euro (Vorjahr: 86.505,50 Euro) die erwarteten Aufwendungen der Abschlusserstellung und Abschlussprüfung sowie weitere gesellschaftsrechtliche Aufwendungen.

Aktuell besteht bei der WFBB ein geringes Risiko, dass ein geringer Teil einer Projektzuwendung in Höhe von ca. 35.000 Euro als Sanktionierungsbetrag nicht ausgezahlt wird. Die zuwendungsfähigen Ausgaben des Projektes wurden mit der Feststellung geprüft, dass Angaben zu wirtschaftlich Berechtigten der in Anspruch genommen Rahmenvertragspartner nachzureichen seien. Auch wenn die Gesellschaft diese Feststellung für falsch hält, so hat sie doch - ohne Anerkennung einer Rechtspflicht - zwischenzeitlich die Angaben größtenteils nachgereicht. In der Folge wurde der Sanktionierungsbetrag reduziert. Es ist zu erwarten, dass mit dem Zuwendungsgeber eine Lösung gefunden wird, so dass sich der strittige Sanktionierungsbetrag auf 0,00 Euro reduzieren wird.

4.7 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind nicht besichert.

Der Gesamtbetrag der **Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr** beträgt 1.483.634,02 Euro (Vorjahr: 1.570.499,44 Euro).

Unter den **Verbindlichkeiten gegenüber Zuwendungsgebern** werden Vorauszahlungen für mehrjährige Projekte in Höhe von 345.379,67 Euro (Vorjahr: 100.425,19 Euro) ausgewiesen. Mit deren vollständiger Inanspruchnahme wird in 2026 gerechnet.

5. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Von den **Erträgen aus Zuwendungen** entfallen 13.107.800,00 Euro (Vorjahr: 12.932.958,76 Euro) auf die institutionelle Förderung, 4.472.539,15 Euro (Vorjahr: 5.901.006,09 Euro) auf Projektförderungen und 2.505.453,18 Euro (Vorjahr: 3.125.003,59 Euro) auf weitere Drittmittel (u. a. Aufträge).

In den **sonstigen betrieblichen Erträgen** sind 771.884,91 Euro (Vorjahr: 829.004,40 Euro) aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse sowie periodenfremde Erträge in Höhe von 5.901,30 Euro (Vorjahr: 6.156,71 Euro) und Erträge aus der Auflösung von sonstigen Rückstellungen in Höhe von 37.112,30 Euro (Vorjahr: 752,95 Euro) enthalten.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** enthalten mit 892.967,48 Euro (Vorjahr: 723.616,98 Euro) Aufwendungen aus der Zuführung zum Sonderposten für Investitionszuschüsse sowie periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 84.548,32 Euro (Vorjahr: 45.163,05 Euro) sowie Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen in Höhe von 21.230,00 Euro (Vorjahr: 198,50 Euro).

6. Haftungsverhältnisse aus nicht bilanzierten sonstigen finanziellen Verpflichtungen

Neben den in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten bestehen in Höhe von 1.064.447,54 Euro sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen.

Im Einzelnen beinhalten diese Verpflichtungen folgende Sachverhalte:

	IN EURO
Leasing- und Wartungsverträge IT, Druck- und Kopiertechnik sowie Software mit Laufzeiten bis 31.08.2026, 31.12.2027, 31.12.2028 und 28.02.2029:	327.036,32
Mietvertrag ILB Standort Babelsberger Str. 21unbefristet mit einer Kündigungsfrist von 6 Monaten zum Quartalsende (hier 1Jahr):	513.029,16
Mietvertrag Bahnhofspassagen mit einer Laufzeit bis 30.06.2026:	97.158,06
Fahrzeugleasing mit Laufzeiten bis maximal 31.01.2028:	127.224,00

Das Bestellobligo für begonnene Projekte und Aufträge beträgt ca. 0,36 Mio. Euro.

7. Sonstige Angaben

7.1 Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahrs beschäftigten Arbeitnehmer

Die nachfolgenden Arbeitnehmergruppen waren während des Geschäftsjahres im Unternehmen beschäftigt:

Arbeitnehmergruppen	Zahl
Angestellte	154,50
leitende Angestellte	1,00
Die Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer beträgt:	155,50
vollzeitbeschäftigte Mitarbeiter	116,25
teilzeitbeschäftigte Mitarbeiter	39,25

7.2 Abschlussprüferhonorar

Das Abschlussprüferhonorar für die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2025 sowie Prüfungsleistungen hinsichtlich des Bezügeberichts, des Corporate Governance Kodex und des Mittelverwendungsnachweises beläuft sich auf 26.880 Euro.

Das Abschlussprüferhonorar setzt sich wie folgt zusammen:

die Abschlussprüfung	18.480,00 Euro
andere Bestätigungsleistungen	7.270,00 Euro
Steuerberatungsleistungen	0,00 Euro
sonstige Leistungen	1.130,00 Euro

7.3 Namen der Geschäftsführer

Während des abgelaufenen Geschäftsjahrs wurden die Geschäfte des Unternehmens durch folgende Personen geführt:

Sprecher der Geschäftsführung:	Dr. Steffen Kammradt	ausgeübter Beruf:	Sprecher der Geschäftsführung (u. a. Personal)
Geschäftsführer:	Sebastian Saule	ausgeübter Beruf:	Geschäftsführer (u. a. Finanzen)

7.4 Vergütung der Geschäftsführer

Als Vergütung für die geleisteten Tätigkeiten im Berichtsjahr wurden 379,4 Tausend Euro (Betrag inklusive der Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und privaten Krankenversicherung sowie der Sachbezüge für die private Pkw-Nutzung) gewährt.

7.5 Zusammensetzung des Aufsichtsrates

Prof. Dr. Jörg Steinbach Vorsitzender (bis 7. Januar 2025)	Minister für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg
Daniel Keller Vorsitzender (ab 5. März 2025)	Minister für Wirtschaft, Arbeit, Energie & Klimaschutz des Landes Brandenburg
Alexander Schrip Stellvertretender Vorsitzender	Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Stellvertretender Vorsitzender Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V. (UVB)
Ulrich Scheppan	Vorstandsvorsitzender der Investitionsbank des Landes Brandenburg
Prof. Dr. Ulrike Tippe	Präsidentin der Technischen Hochschule Wildau
Dr. Friederike Haase (bis 17. Juni 2025)	Staatssekretärin Bevollmächtigte des Landes Brandenburg beim Bund
Constanze Hildebrand (ab 17. Juni 2025)	Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Eberswalde
Katja Rex	Geschäftsführerin Hennigsdorfer Elektrostahlwerke GmbH
Thomas Huch	Managing Director Sales Huch GmbH Behälterbau und Verwaltungsgesellschaft

Frank Ecker	Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Frankfurt (Oder) Region Ostbrandenburg
Michael Biel	Staatssekretär der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe des Landes Berlin
Carsten Christ	Präsident der Industrie- und Handelskammer Ostbrandenburg

7.6 Vergütung der Mitglieder der Unternehmensorgane

Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben keine Bezüge von der Gesellschaft erhalten.

7.7 Vorgänge nach dem Bilanzstichtag

Im Januar wurde die Gesellschaft vom MWAEK mit dem Aufbau und der Erprobung von Beratungsangeboten für Kommunen beim Klimaschutz und bei der Klimaanpassung und mit dem Aufbau einer Energie- und Klimaagentur beauftragt. Der Auftrag hat eine Laufzeit bis zum 31.12.2027 und einen Umfang von elf (auf die Laufzeit befristeten) Stellen. Sollten Aufbau und Erprobung positiv verlaufen, so wird eine dauerhafte Übernahme ins Portfolio der Gesellschaft und eine Verstetigung durch Institutionalisierung angestrebt.

Nach der Beendigung der Landesregierungskoalition zwischen der SPD und dem BSW wurde am 4. März ein neuer Koalitionsvertrag zwischen der SPD und der CDU vorgestellt. Auf der Grundlage des neuen Koalitionsvertrags wird der bisherige Vorsitzende des Aufsichtsrats künftig ein anders Ministerium führen. Aus diesem Grund wird eine Neubesetzung des Aufsichtsratsvorsitzes notwendig werden.

Auswirkungen des Iran-Kriegs auf die Gesellschaft lassen sich aktuell noch nicht absehen.

7.8 Vorschlag zur Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt den Gesellschaftern vor, den Jahresfehlbetrag in Höhe von 169.285,91Euro aus der Gewinnrücklage zu entnehmen.

Potsdam, 16.03.2026

Dr. Steffen Kammradt, Sprecher der Geschäftsführung

Sebastian Saule, Geschäftsführer

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2025

ANSCHAFFUNGS- UND HERSTELLUNGSKOSTEN	01.01.2025 €	Zugänge €	Umbuchungen €	Abgänge €	31.12.2025 €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.573.270,81	610.276,69	16.483,88	543.859,33	3.656.172,05
Geleistete Anzahlungen	166.694,37	9.595,93	-143.597,36	0,00	32.692,94
	3.739.965,18	619.872,62	-127.113,48	543.859,33	3.688.864,99
II. Sachanlagen					

ANSCHAFFUNGS- UND HERSTELLUNGSKOSTEN	01.01.2025 €	Zugänge €	Umbuchungen €	Abgänge €	31.12.2025 €
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	97.061,11	0,00	0,00	0,00	97.061,11
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.328.093,16	273.094,86	127.113,48	58.638,51	1.669.662,99
	1.425.154,27	273.094,86	127.113,48	58.638,51	1.766.724,10
III. Finanzanlagen					
Beteiligungen	1.533,88	0,00	0,00	0,00	1.533,88
	1.533,88	0,00	0,00	0,00	1.533,88
	5.166.653,33	892.967,48	0,00	602.497,84	5.457.122,97

KUMULIERTE ABSCHREIBUNGEN	01.01.2025 €	Zugänge €	Umbuchungen €	Abgänge €	31.12.2025 €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.451.022,31	570.133,07	0,00	525.714,33	2.495.441,05
Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	2.451.022,31	570.133,07	0,00	525.714,33	2.495.441,05
II. Sachanlagen					
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	91.932,61	172,00	0,00	0,00	92.104,61
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	948.731,66	180.349,84	0,00	55.553,51	1.073.527,99
	1.040.664,27	180.521,84	0,00	55.553,51	1.165.632,60
III. Finanzanlagen					
Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	3.491.686,58	750.654,91	0,00	581.267,84	3.661.073,65

NETTOBUCHWERTE	31.12.2025 €	31.12.2024 €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.160.731,00	1.122.248,50
Geleistete Anzahlungen	32.692,94	166.694,37

NETTOBUCHWERTE	31.12.2025 €	31.12.2024 €
	1.193.423,94	1.288.942,87
II. Sachanlagen		
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.956,50	5.128,50
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	596.135,00	379.361,50
	601.091,50	384.490,00
III. Finanzanlagen		
Beteiligungen	1.533,88	1.533,88
	1.533,88	1.533,88
	1.796.049,32	1.674.966,75

Bericht des Aufsichtsrats an die Gesellschafterversammlung zum Geschäftsjahr 2025

der Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH

Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2025 drei ordentliche Sitzungen durchgeführt (12.03., 17.06., 3.12.2025). Darüber hinaus hat die Geschäftsführung gemäß § 15 (1) des Gesellschaftsvertrags und Aufsichtsrats¬ beschluss vom 07.12.2016 im III. Quartal 2025 einen schriftlichen Bericht über den Gang der Geschäfte erstattet. In seinen Sitzungen hat sich der Aufsichtsrat über die Lage der Gesellschaft sowie die geschäftliche Entwicklung gewissenhaft unterrichtet und sich dabei von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt.

Auf der Grundlage von schriftlichen und mündlichen Berichten der Geschäftsführung an den Aufsichtsrat konnte sichergestellt werden, dass der Aufsichtsrat die Geschäftsführung fortlaufend überwachen und intensiv beraten konnte.

Schwerpunkte der Beratungen der ordentlichen Sitzungen waren:

- •das Festlegen von Zielvorgaben für die Arbeit der Geschäftsführung im Jahr 2025 in Form von Zielvereinbarungen,
- •die Zielerfüllung des Jahres 2024 und die Höhe der Sondervergütung 2024 für die Geschäftsführer,
- •die Überwachung der Einhaltung des Corporate Governance Kodex,
- •Neufassung des Corporate Governance Kodex,
- •der Jahresabschluss 2024,
- •Bestellung des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2025,
- •der Wirtschaftsplan für das Jahr 2026,
- •Mittelfristige Finanzplanung 2027-2030,
- •die Neubesetzungvon Regional- und Fachbeiräten,
- •Prüfung des Landesrechnungshofes,
- •Änderungder Betriebsorganisation(neuer Bereich„Energie- und Klimaagentur"),

•Geschäftsführungsangelegenheiten,

•die Vorlagen an die Gesellschafterversammlung einschließlich eines Vorschlags für die Wahl eines Aufsichtsratsmitglieds.

Die ETL Mitteldeutschland GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat die Buchführung, den Jahresabschluss und den Lagebericht der Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH zum 31.12.2025 geprüft und einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk nach § 322 Abs.1HGB erteilt.

In seiner Sitzung am 05.05.2026 hat sich der Finanz- und Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates eingehend mit dem Bericht des Prüfers zum Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2025 auseinandergesetzt und dem Aufsichtsrat Beschlussempfehlungen unterbreitet. Im Ergebnis seiner abschließenden Prüfung hat der Aufsichtsrat keine Einwendungen gegen den von der Geschäftsführung aufgestellten Jahresabschluss erhoben. Der Aufsichtsrat schlägt der Gesellschafterversammlung vor, den Jahresabschluss 2025 gemäß § 7 Abs.1 lit. b) des Gesellschaftsvertrages festzustellen und den Jahresfehlbetrag in Höhe von 169.285,91 EUR aus der Rücklage zu entnehmen.

Potsdam, 15. Juni 2026

Alexander Schirp, Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender

Beschlüsse

Der Jahresabschluss zum 31.12.2025 wurde durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 26. August 2026 festgestellt. Der Jahresfehlbetrag von 169.285,91 € wird aus der Rücklage entnommen.

Bestätigungsvermerk

Bei dem vorstehenden Jahresabschluss handelt es sich um die für Offenlegungszwecke verkürzte Fassung. Zu dem vollständigen Jahresabschluss und dem Lagebericht wurde folgender Bestätigungsvermerk erteilt:

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH, Potsdam, -bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH, Potsdam, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

•entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 und

•vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung zur Frauenquote.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit §317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen

unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Hinweis zur Hervorhebung eines Sachverhalts

Wir verweisen auf die Ausführungen der gesetzlichen Vertreter im Anhang sowie Lagebericht, welche die Abhängigkeit der Gesellschaft von der institutionellen Förderung darstellen.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht sind diesbezüglich nicht modifiziert.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) sowie die nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Lageberichtes unter Punkt 2 - "Leistungsindikatoren" sowie die mit diesen Leistungsindikatoren zusammenhängenden Ausführungen unter Punkt 1.1. - Geschäftsverlauf 2025.

Die sonstigen Informationen umfassen aber nicht den Jahresabschluss, nicht die inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben und nicht unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen - sobald sie verfügbar sind - zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit §317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehrfortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Leipzig, 7. April 2026

ETL Mitteldeutschland GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Liehr, Wirtschaftsprüfer

gez. Nitzsche-Lezoch, Wirtschaftsprüfer